



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07099**
Datum: 09.04.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	09.04.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	23.04.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.04.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Ganzheitlichen Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die Ziele des Ganzheitlichen Mobilitätskonzepts sowie das zu ihrer Erreichung fachlich notwendige Maßnahmen-Konvolut in den Handlungsfeldern (siehe Anlagen A und B der Beschlussvorlage), als Grundsätze und Richtschnur der städtischen Mobilitätspolitik mit folgenden Ausnahmen:
 - **Die Regelgeschwindigkeit Tempo 30 wird gestrichen**
 - **„Flächen des ruhenden Verkehrs, wo notwendig, zugunsten des Fuß-/Radverkehrs reduzieren“ wird gestrichen**
 - **Parkflächenreduzierung wird gestrichen**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung der Maßnahmen notwendigen (Einzel-)Vorhaben schrittweise und unter dem Vorbehalt der Finanzierung planerisch **jedoch nicht vor dem 01. Juli 2024** vorzubereiten.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die Arbeitsgruppe Mobilitätskonzept begann nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die autoarme Innenstadt zu arbeiten. Begonnen wurde in der Coronazeit, so dass die Treffen zunächst eher unregelmäßig stattfanden. Jedenfalls wurde der Mangel an öffentlicher Beteiligung, der zur negativen Abstimmung der Bürger über die autoarme Innenstadt führte auch in dieser Arbeitsgruppe nicht geheilt. Es fand keine hinreichende Einbindung der Stadtgesellschaft statt. Weder Fridays for Future, ADFC, ADAC Niedersachsen noch die sonstigen kleinen Lobbygruppen, die noch eingeladen waren sind repräsentativ für die Stadt. Auch in der Bürgerbeteiligung hat die Stadtverwaltung gezielt einzelne Lobbygruppen angeschrieben sich zu beteiligen. Entsprechend spärlich und einseitig fiel die Rückmeldung aus. Aber eine umfangreiche Einbindung der Stadtgesellschaft wurde auch nicht gewünscht. So äußerten Fraktionsvertreter anderer Fraktionen bei der Vorbereitung der Bürgerbeteiligung man möge doch eine Diskussionsveranstaltung in der Universität veranstalten damit dort nicht „Die Falschen“ teilnehmen.

Insgesamt ist das Konzept nicht beschlussfähig und es erschließt sich nicht warum es nun zwei Monate vor Ende der Legislatur noch schnell durch den Stadtrat gedrückt werden soll. Respekt vor dem Wähler sieht anders aus!